

Niederschrift

über die 37. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 7. Februar 2019
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 17:00 Uhr

Unterbrechungen:

Anwesenheit: Soll: 41 Mitglieder der Stadtvertretung
 Ist: 33 Mitglieder der Stadtvertretung
 80,49 %

Entschuldigt fehlten: Ratsherr Jens Blasewitz (fraktionslos)
 Ratsherr Nicola D'Aniello (CDU)
 Ratsfrau Britta Gottschling (DIE LINKE)
 Ratsherr Günter Jeschke (CDU)
 Ratsherr Nicolas Mantseris (B90/Grüne_Piraten)
 Ratsherr Marco Messner (CDU)
 Ratsherr Dr. Roman Oppermann (SPD)
 Ratsherr Thomas Schröder (DIE LINKE)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr Witt, Oberbürgermeister
Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter
Frau Renger, 2. Stellvertreterin

1 Eröffnung und Begrüßung

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, eröffnet die 37. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

2 Einwohnerfragestunde

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen.

Frau Boyle richtet sich mit folgender Frage an den Oberbürgermeister:

„Was möchten Sie gegen den Thor-Steinar-Laden in Neubrandenburg tun?“

Herr Witt, Oberbürgermeister, verweist auf die bereits in dieser Angelegenheit gestellte Presseanfrage und seine Antwort darauf. Das eigentliche Gespräch, nach bereits erfolgtem telefonischen Kontakt, mit der Vermietungsgesellschaft hat noch nicht stattgefunden. Das wird die Verwaltung von dieser Seite aus tun.

Die Nachfrage nach einer Adresse zwecks Zusendens einer E-Mail mit Flyer an den Oberbürgermeister wird mit „ob@neubrandenburg.de“ durch Herrn Witt beantwortet.

Herr Tiegs bezieht sich auf die neue Bahnhausunterführung und kritisiert die einfachen grauen Betonwände und stellt hierzu folgende Fragen:

- Ist es möglich die Bahnhausunterführung inklusive des Treppenaufgangs zum Vogelviertel künstlerisch zu gestalten?
- In wie weit schätzen die Ratsherren und Ratsfrauen die Kooperationsbereitschaft der Deutschen Bahn ein dieses Unterfangen zu unterstützen?
- Ist die Gestaltung der grauen Wände aus der Sicht des Oberbürgermeisters eine Aufwertung der Stadt?
- Gibt es weitere Flächen oder Gebäude in der Stadt Neubrandenburg, die solchen Vorhaben zur Verfügung stehen können?

Herr Witt betrachtet bei den geäußerten Fragen das gesamte Bahnhofsumfeld. So soll z. B. nach einem gestrigen Arbeitstreffen die Beschilderung auf den Bahnsteigen mit gestalteten Richtungsweisern verbessert werden. Graffiti im Bahnhofstunnel wird nicht als positives Element gesehen, da das Gegenteil oft in so einem Fall hervorgerufen wird – illegales Sprühen. Beim legalen und künstlerischen Graffiti ist man schon geraume Zeit im Gespräch und auch ein Stück weiter. Es werden hierzu Flächen zur Verfügung stehen und das wird rechtzeitig bekannt gegeben. Der provisorische Bauzaun am zukünftigen Parkplatz in Richtung Heidenstraße wird dann auch temporär nutzbar sein.

3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 29. Januar 2019).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

4 Beschluss über die Niederschrift der 36. Sitzung der Stadtvertretung am 13. Dezember 2018

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

5 Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

VI/1093 Informationsvorlage
Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Einreicher: Oberbürgermeister

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, bittet den Oberbürgermeister, die Parkplätze vor dem Rathaus durch das Ordnungsamt kontrollieren zu lassen, ob Parkberechtigungen in

den abgestellten Fahrzeugen vorliegen. Gerade an den Sitzungstagen sind keine freien Parkplätze zu finden.

Ratsherr Albrecht (SPD) spricht die vielen Baustellen in der Stadt an und begrüßt grundsätzlich die Entwicklungen in der Stadt Neubrandenburg. Jedoch sollte auch darauf geachtet werden, die Natur und das Bauen als gemeinsame Stadtentwicklung zu sehen. Des Weiteren spricht er auch die Folgen des Bauens an. So wurden beispielsweise mit dem Bau der Umgehungsstraße die Wildschweine aus ihrem Revier vertrieben und haben auf dem „Neuen Friedhof“ Zuflucht gesucht. Er möchte wissen, ob mit all dem nicht behutsamer und achtsamer umgegangen werden könnte. Daher stellt er folgende Anfrage mit der Bitte um schriftliche Beantwortung (bitte bis zum Ende der Wahlperiode). Ihn interessieren statistische Zahlen für 2017 und 2018 zu Flächen im Stadtgebiet Neubrandenburg, inklusive der Flächen, die sich nicht im Besitz der Stadt befinden:

- Welche Flächengrößen sind 2017 und 2018 aus Wiese, aus landwirtschaftlichen Flächen, Waldstücken, Buschgürtel etc. verändert worden in Straßen, Wege, Baugrundstücke, versiegelte Flächen etc?
Bitte listen Sie diese nachprüfbar auf.
- Wieviel Fläche ist 2017 und 2018 neu versiegelt worden?
- Sind Angaben zur Versiegelung aus Anträgen nach der Realisierung und Fertigstellung seitens der Verwaltung überprüft worden? Wenn ja, wie?
- Für wie viele Bäume im Stadtgebiet wurden Fällgenehmigungen erteilt?
- Wie viele und welche Ausgleichsmaßnahmen wurden dafür ausgesprochen?
Wie viele wurden davon bereits realisiert? Wie erfolgt eine Kontrolle der Einhaltung?

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer VI/1112 und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Ratsfrau Scheunemann (B90/Grüne_Piraten) hat vor knapp fünf Jahren das Thema „legale Graffitiflächen“ angesprochen und bittet den Oberbürgermeister um Eingrenzung des Zeitfensters, wann die Flächen freigegeben werden.

Herr Witt, Oberbürgermeister, verweist auf das regelmäßige Treffen des Beirates zum Thema illegales Graffiti. Die Schwierigkeit bei diesem Thema ist immer, geeignete Flächen anzubieten, die von der künstlerischen Szene auch angenommen werden. Jetzt ist eine Spielplatzfläche, die bereits genannten Bauzaunflächen und eine Fläche am Augustabad in Planung. Die Freigabe wird dieses Frühjahr erfolgen. Stadt, KEG und Graffitikünstler haben zu diesen Möglichkeiten zusammengesessen.

Ratsherr Jaschinski (DIE LINKE), bittet zu dem Platz an der 2.Ringstraße/Dümperstraße um eine Auskunft. Weiterhin fragt er, wann und in welchem Zeitraum dort die Oberflächenerneuerung im Straßenbereich erfolgt.

Herr Witt erläutert, dass das Grundstück im Bereich Fortführung Beguinenstraße der Stadt gehört und dass es vorläufig unbebaut bleibt. Es dient als Baustelleneinrichtung für die Bauarbeiten 2.Ringstraße. Die Straßenbauarbeiten beginnen am 2. Mai und werden bis in den Herbst dauern. So liegt derzeit die Lieferdauer der benötigten Granitplatten derzeit bei bis zu 14 Wochen.

Ratsherrn Jaschinski fragt zur Nutzungsart der Fläche nach der Beendigung der Baumaßnahmen. Hierzu, antwortet Herr Witt, muss wegen der schwierigen Lichtverhältnisse für einen Baukörper und der engen Begrenzung des Platzes eine gemeinsame Lösung von Verwaltung und Stadtvertretung gefunden werden.

Herr Witt, Oberbürgermeister, antwortet, wie bereits angekündigt, kurz auf die gestellte Anfrage von Ratsherrn Albrecht und informiert anschließend zu weiteren Themen:

- Antwort auf Anfrage des Rats Herrn Albrecht
Herr Witt pflichtet der Aussage von Ratsherrn Albrecht zu einem behutsamen Umgang mit der Natur bei. Das planerische Geschick sollte das auch immer berücksichtigen. Die Planungsprozesse sind jedoch immer demokratische Prozesse - so auch ein Planfeststellungsverfahren. Dieses Verfahren ist ein öffentliches Verfahren und da kommt es leider vor, dass erst im Nachgang Kritik erfolgt. Bei solchen Angelegenheiten ist die Transparenz für ein Eingreifen der Bürgerinnen und Bürger zu einem bestimmten Zeitpunkt das schwierigere Problem. Er erläutert das am Beispiel des Spielplatzentwicklungskonzeptes, wo beispielsweise die Ansicht des Einzelnen mit der gemeinsam getragenen Entscheidung bei der planerischen Entwicklung nicht immer übereinstimmt.
- Benutzung Ratssaal und Beratungsräume im Rathaus
In der Projektsteuerungsgruppe Ratshaussanierung wurde sich darüber verständigt, dass bis einschließlich 16. Mai die benannten Räume weiter nutzbar bleiben. Und das betrifft dann auch die von der Stadtpräsidentin angesprochene Bitte nach einer Lösung der Parkplatzsituation.
- Finanzausgleichsgesetz
Herr Witt betont, dass dieses Thema auch im Kommunalwahlkampf eine Rolle spielen sollte, damit die Kommunen jene Finanzausstattung bekommen, die nicht luxuriös, sondern die aufgabengerecht ist.
Das Land hat jetzt das Gutachten vorgestellt. Somit sollen 140 Mio. Euro mehr in die Verteilmasse. Nach Rechnung von Herrn Witt sollte das immer einwohnerbezogen betrachtet werden. Der Städte- und Gemeindetag hat die Forderung: 245 Euro pro Einwohner mehr. Bei den benannten 140 Mio. Euro würde das 87,50 Euro pro Einwohner extra bedeuten. Für die Stadt sind das rund sechs Mio. Euro zusätzlich. Die Verhandlung mit der Ministerpräsidentin werden jedoch weitergeführt, da bei dem vorhandenen Investitionsstau und Aufgabenanfall eine bessere Finanzausstattung eigentlich dringend notwendig ist.
- Straßenbaubeiträge
Es soll eine Stichtagsregelung getroffen werden, ab wann die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr belastet werden dürfen. Es wurde mitgeteilt – Spatenstich 1. Januar 2018 zählt. Das Innenministerium hat seitens der Verwaltung die Information inklusive der Kosten erhalten, dass es nur die Maßnahme 1. Bauabschnitt in der Ziegelbergstraße betrifft. Die Straßen im Sanierungsgebiet fallen nicht unter diese Klausel oder sind keine Gemeindestraßen. Gleichzeitig wurde die Information weitergereicht, dass bereits Planungen beauftragt wurden für die Ihlenfelder Straße, die Sponholzer Straße, die Jahnstraße, die Molkereistraße und jene Maßnahmen, die mit dem Straßenbauamt zusammen erledigt werden, da die Gehwege in der Verantwortung der Stadt liegen. Eine Antwort vom Innenministerium steht noch aus.
- Grundschulen
In der Betriebsausschusssitzung im September erfolgt eine umfangreiche Information zu den Vorhaben Grundschule Datzeberg, Grundschule West und Grundschule Süd. Da werden dann Planungsstände und Alternativmodelle vorgestellt.

7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur übergebenen Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, schlägt vor, die öffentlichen Drucksachen VI/1084

(TOP 4) und VI/1075 (TOP 5) [Entwurfs- und Auslegungsbeschlüsse zur 17. Änderung des Flächennutzungsplanes, Teilfläche „Irisweg“ sowie zum B-Plan Nr.16.1 „An der Landwehr (Gewerbepark), 3. Änderung]
sowie die Drucksachen VI/1082 (TOP 6) und VI/1080 (TOP 7) [„Wohnpark Fünfeichener Weg West“]
in verbundener Aussprache zu behandeln.

Mitwirkungsverbot

Feststellung von Mitwirkungsverbot für die Drucksache VI/1069 (TOP 15) für Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU), Ratsherrn Gesswein (CDU), Ratsherrn Fuhrmann (DIE LINKE), Ratsherrn Prof. Dr. Northoff (SPD) und Ratsfrau Parlow (DIE LINKE).

Rederecht

Herr Witt, Oberbürgermeister, beantragt Rederecht für Herrn Ingo Karge zur Drucksache VI/1080 (TOP 7).

Abstimmung über das Rederecht: Das Rederecht wird mehrheitlich bestätigt.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

8 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

- | | | |
|-------|---------|---|
| TOP 1 | VI/1074 | Angebot zur Flüchtlingshilfe – Seenotrettung im Mittelmeer aufrechterhalten
Einreicher: Fraktion B90/DIE GRÜNEN und Piraten, Fraktion der LINKEN, Fraktion der SPD |
|-------|---------|---|

Ratsherr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne_Piraten) erläutert die Vorlage und bittet um Zustimmung.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 673/37/19

- | | | |
|-------|---------|--|
| TOP 2 | VI/1066 | Beschluss über die Annahme einer Spende der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH durch die Stadtvertretung – Spielgerät für die Turmstraße
Einreicher: Oberbürgermeister |
|-------|---------|--|

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 674/37/19

- | | | |
|-------|---------|---|
| TOP 3 | VI/1067 | Beschluss über die Annahme einer Spende der BIG Städtebau GmbH durch die Stadtvertretung – Spielgerät für die Turmstraße
Einreicher: Oberbürgermeister |
|-------|---------|---|

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 675/37/19

Die Tagespunkte 4 und 5 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 4 VI/1084 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt
Neubrandenburg, Teilfläche „Irisweg“
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne_Piraten) ist der Meinung, dass die Abstimmung über diese beiden Tagesordnungspunkte verschoben werden müsste, da die Vorlagen nicht vollständig seien. In der Vorlage zum Bebauungsplan, Anlage 4, wird auf eine Schallimmissionsuntersuchung hingewiesen, die ergänzt werden sollte. Diese Ergänzung ist bisher nicht erfolgt. Daher bittet er um Verschiebung der Abstimmung dieser beiden Vorlagen, um auch über diesen sensiblen Punkt Lärm abstimmen zu können.

Herr Witt, Oberbürgermeister, merkt an, dass das schriftliche Gutachten vorliegt und dieses zur Einsicht im Fachbereich vorlag.

Es ist für Ratsherrn Dr. Kirchhefer nicht ersichtlich gewesen, dass das Gutachten zur Einsicht vorlag. Vermerkt wurde: „Es wird noch ergänzt ...“ und er habe auf die Ergänzung gewartet. Daher bittet er um einen zeitlichen Rahmen, um sich über die Ergänzung informieren zu können.

Herr Renner, Leiter Fachbereich 2, erläutert, dass es sich lediglich um den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss handelt. Des Weiteren besteht die Möglichkeit über dieses Gutachten zu befinden. Entscheidend ist, dass die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter im Rahmen des Abwägungsbeschlusses über alle Dokumente, Hinweise, Anregungen und Bedenken Kenntnis haben. Zunächst geht es um die Beteiligung der Öffentlichkeit und darum, den Entwurf auf den Weg zu bringen. Im Fachausschuss wird immer über die wesentlichen Inhalte informiert.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, verweist auf die Voten, die ohne Anmerkungen oder Hinweise aus den Ausschüssen kamen.

Ratsherr Dr. Kirchhefer legt Wert auf das Rederecht und die Debatte in der Stadtvertretung und nicht nur in den Fachausschüssen.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, stellt den Antrag von Ratsherrn Dr. Kirchhefer, die Drucksache VI/1075 von der Tagesordnung zu nehmen zur Abstimmung.

Abstimmung: Der Antrag auf Absetzung der Drucksache VI/1075 von der Tagesordnung wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 676/37/19

TOP 5 VI/1075 Bebauungsplan Nr. 16.1 „An der Landwehr (Gewerbepark)“, 3.
1 Änderung
Änderungsblatt hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 677/37/19

Die Tagespunkte 6 und 7 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 6 VI/1082 19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt
Neubrandenburg, Teilfläche „Wohnpark Fünfeichener Weg
West“
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr Albrecht (SPD) stellt sich bezüglich der Vorlage noch einige Fragen. Er begrüßt es sehr, dass Investoren Initiativen ergreifen. Jedoch äußert er seine Bedenken zu der Vorgehensweise. Er sieht hier eine Salamtaktik, d. h., es werden mittels Beschlüssen scheinbarweise Tatsachen geschaffen und im Endergebnis wird festgestellt, dass man nicht so entschieden hätte, wenn rechtzeitig alle Informationen vorhanden gewesen wären. Daher fällt es ihm schwer, dieser Vorlage zuzustimmen, bevor folgende Fragen nicht abschließend geklärt sind:

- Was bedeutet es für die Erschließung und Nutzung, dass das Gesamtareal private Eigentümer hat?
- Wird die Öffentlichkeit Zugang zum bebauten Areal haben oder wird dieses durch einen Zaun abgegrenzt?
- Gab es bisher solch ein großes, vollkommen privat durchgeführtes Wohnprojekt und welche Folgen hat das für das Zusammenspiel in der gesamten Stadtgesellschaft?
- Welche Risiken verbleiben bei der Kommune, während die privaten Interessen bereits bedient sind?

Er spricht sich nicht gegen dieses Projekt aus. Jedoch gibt es für ihn gegenwärtig noch zu viele offene Fragen. Auf Grund dessen wirbt er um Nichtzustimmung zu dieser Vorlage. Nach Klärung aller offenen Fragen aller Bürger in der Stadt, könne der Tagesordnungspunkt wieder aufgerufen werden.

Ratsherr Stieber (SPD) bittet um Verlesung der Voten der Fachausschüsse.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, kommt der Bitte von Ratsherrn Stieber nach und informiert zu den in den Drucksachen vorliegenden Voten der Ausschüsse:

Der Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss hat bei der Vorlage VI/1082 sowie der Vorlage VI/1080 nicht dafür votiert.

Beide Vorlagen erhielten jeweils folgende Voten:

Beratung im	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen
	Ja	Nein	Enth.	Befang.	
Hauptausschuss	13	-	-	-	verwiesen lt. Beratungsfolge
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss	2	2	7	-	
Hauptausschuss	12	1	-	-	verwiesen

Ratsfrau Scheunemann (B90/Grüne_Piraten) äußert im Namen ihrer Fraktion aus naturschutzfachlicher Sicht erhebliche Zweifel an dem Vorhaben.

Herr Witt, Oberbürgermeister, bittet Herrn Renner, Leiter Fachbereich 2, um Klärung und Beantwortung der angesprochenen Fragen. Weiterhin merkt er an, dass bei Bedarf der Investor für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung steht.

Herr Renner erläutert, dass durch eine Privatperson ein Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens an diesem Standort gestellt wurde. Er merkt an, dass über diesen Antrag grundsätzlich die Stadtvertretung zu befinden hat. Insofern müssen sich die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter mit diesem Antrag auseinandersetzen. Mit dem Aufstellungsbeschluss wird zunächst das Planverfahren eingeleitet, bei dem das Ergebnis noch vollkommen offen sei. Ob und in welchem Umfang gebaut werden kann, wird erst im Rahmen dieses Planverfahrens geklärt. Danach erst werden die Gutachten beauftragt und im Ergebnis dieser Gutachten kann anschließend gesagt werden, ob eine Bebauung möglich ist.

Ratsherr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne_Piraten) kann die Argumentation theoretisch nachvollziehen, jedoch sieht es für ihn praktisch anders aus. Erst gibt es einen Aufstellungsbeschluss; dann werden Fakten geschaffen und zum Schluss erfolgt eine Argumentation, dass man ja nicht anders könne, als zu beschließen. Es sei ja schon so viel investiert worden und man könne nicht anders. Er sieht auch eine Aufgabe der Stadtvertretung bei solchen Vorhaben darin, den Investor, wenn es zu hohe Hürden gibt und keine Aussicht auf Erfolg scheint, zu schützen.

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) befürwortet die Nachfrage der Voten aus den Fachausschüssen von Ratsherrn Stieber. Auch die CDU-Fraktion hält viel von den Voten des fachlich zuständigen Ausschusses. Positiv bewertet sie, dass der Investor in den fachlich zuständigen Ausschuss eingeladen war, um Rede und Antwort zu stehen. Leider ist der Investor nicht erschienen. Allerdings trägt dieser keine Schuld daran und somit blieben einige Fragen offen. Daher dieses Fachausschussvotum, welches im Hauptausschuss zur Kenntnis genommen wurde. Dieses habe die CDU-Fraktion sehr verärgert und sie gebeten im Hauptausschuss nachzufragen, welche offenen Fragen es noch gibt und welche Aufgaben die Verwaltung bzw. der Investor bis dato nicht getätigt haben. Das wurde getan und ist im Protokoll nachzuvollziehen. Daher wirbt sie um Zustimmung der Drucksachen.

Ratsherr Prof. Dr. Northoff (SPD) bittet den Investor etwas zu seiner Motivation zu sagen und eventuell ein paar Fragen zu beantworten, um sich ein solideres Bild dieses Vorhabens machen zu können.

Herr Karge, K & K Projekt UG (K & K Projektmanagement GmbH), erläutert, dass es das Anliegen ist, den Fünfeichener Weg als Bebauungsplan (B-Plan) zu entwickeln. Das Gebiet würde auch öffentlich zugänglich sein. Des Weiteren bitte er nochmals um Entschuldigung, dass er nicht im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss anwesend sein konnte.

Frau Bittkau (SPD) möchte wissen, welche Kosten mit diesem Vorhaben auf die Stadt zukommen.

Im Rahmen des Bauleitverfahrens werden die Anschlussmöglichkeiten sowie die Zuwegungen geprüft, so Herr Karge. Weitere Informationen ergeben sich im Rahmen des Bauleitverfahrens.

Ratsherr Albrecht dankt Herrn Karge für die Aussage der öffentlichen Zugänglichkeit des Areals. Er möchte wissen, was dagegenspricht, dass die Stadtverwaltung die Gutachten erstellen lässt, ihr vorgelegt werden und erst dann über den Aufstellungsbeschluss entschieden wird.

Dann wäre das Bauleitverfahren hinfällig, so Herr Karge.

Ratsherr Schwanke (CDU) kann die Fragen an den Investor nicht nachvollziehen. Es geht hier lediglich um die Fassung des Aufstellungsbeschlusses. Er ist der Meinung, dass diese Vorlage die Zustimmung erhalten muss.

Herr Witt geht umfassend auf die Fragen und Nachfragen der Ratsfrauen und Ratsherren ein. Er betont, dass dies ein satzungsgemäßes und demokratisches Verfahren ist. Es sollten diesbezüglich keine Faktoren mit eingebracht werden, die nicht in diesen Zusammenhang passen.

Ratsherr Schmidt (CDU) hat den Eindruck, dass es bei einigen Mitgliedern der Stadtvertretung ein starkes Misstrauen gegenüber diesem Bauleitverfahren gibt. Er ist der Meinung, dass jeder für sich entscheiden muss, diesem Bauleitverfahren zuzustimmen oder es abzulehnen. Daher bittet er um die Chance einer Weiterentwicklung dieses Areals.

Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, merkt an, dass der Aufstellungsbeschluss einen wesentlichen Punkt zum Gegenstand hat und zwar die konkrete Abgrenzung des Gebietes, welches dann gutachterlich zu untersuchen ist. Er erläutert, dass mit dem heutigen Beschluss eine sachliche Grundlage geschaffen werden kann.

Ratsherr Gille (SPD) gibt zu Protokoll und informiert Ratsherrn Schwanke, dass er sich zu diesen beiden Tagesordnungspunkten nicht geäußert hat, da sich Ratsherr Schwanke in seinen Ausführungen auf Äußerungen von Ratsherrn Gille bezogen hatte.

Ratsfrau Scheunemann möchte wissen, ob der Kontakt zur Naturschutzbehörde schon hergestellt wurde.

Herr Karge teilt mit, dass der Kontakt mit der Naturschutzbehörde durch Herrn Renner bereits hergestellt wurde.

Ratsherr Stieber beantragt nach Ende der Debatte eine Beratungspause von fünf Minuten.

Ratsherr Dr. Kirchhefer hinterfragt in welchem Umfang das Vorhaben durch die Stadt mit unterstützt wurde.

Herr Witt zeigt auf, dass für das Vertragswerk und die Beschlussvorlagen Personalkosten angefallen sind.

Ratsherr Schwanke ermutigt den Investor, Herrn Karge, an seinem Projekt festzuhalten.

Die Stadtpräsidentin dankt Herrn Karge, schließt die Debatte und räumt die beantragten fünf Minuten Auszeit (16:28 Uhr bis 16:33 Uhr) ein.

Beschlussfassung: Die Vorlage mit 13 Dafürstimmen, 5 Gegenstimmen und

13 Enthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: 678/37/19

TOP 7 VI/1080 Bebauungsplan Nr. 125 „Wohnpark Fünfeichener Weg West“
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 15 Dafürstimmen, 5 Gegenstimmen
und etlichen Enthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: 679/37/19

TOP 8 VI/1070 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung des
Oberbürgermeisters vom 18.12.18 – Änderung des
Gesellschaftsvertrages der Neubrandenburger
Wohnungsgesellschaft mbH; hier: Erweiterung des
Gegenstands
Einreicher: Oberbürgermeister

Herr Witt, Oberbürgermeister, verliest die Regelung in welchen Fällen
Dringlichkeitsentscheidungen getroffen werden können.

Ratsherr Schwanke (CDU) dankt Herrn Witt für die Information.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 680/37/19

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 17:00 Uhr geschlossen.

Irina Parlow
Stadtpräsidentin

Dana Görschner
Protokollantin